

**Haushaltsrede der Grünen im Rat
zum Haushalt 2005
in der Ratssitzung am 21. April 2005**

Frau Oberbürgermeisterin,
meine Damen und Herren,

Haushaltsberatungen waren schon immer harte Kährnerarbeit, trotzdem sind sie im Laufe der letzten Jahre für die Bochumer Kommunalpolitikerinnen und -politiker zunehmend unbefriedigend geworden. Aus dem Vollen schöpfen können wir schon lange nicht mehr, aber inzwischen ist der politische Gestaltungsspielraum dermaßen minimal geworden, dass keine große Freude mehr aufkommen kann. Wenn es nur noch darum geht, Prioritäten bei Maßnahmen und Projekten zu setzen, die eigentlich alle dringlich sind, wenn zudem noch das Damoklesschwert einer versagten Haushaltsgenehmigung über uns schwebt, dann wird die im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltung faktisch schon sehr in Frage gestellt.

Nach vielen Jahren Aufgabenkritik, dem Abarbeiten von Tränenlisten und äußerster Haushaltsdisziplin muss jedoch festgestellt werden: Die prekäre Haushaltslage in Bochum ist nicht selbstverschuldet, sie beruht auf externen Ursachen, die auf der kommunalpolitischen Ebene nicht zu beeinflussen sind.

Dazu gehören die Folgen der deutschen Vereinigung und eine nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Satelliten entfesselte Globalisierung, die kurzfristigen Gewinnerwartungen und dem Fetisch "shareholder value" alle Ansätze zu einer solidarischen Gesellschaft unterzuordnen versucht. Dazu gehört aber auch die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung. Die Einbrüche bei der Einkommen- und

Körperschaftsteuer haben unmittelbar auf Länder und Kommunen durchgeschlagen und auch in Bochum die Einnahmenseite des Haushalts drastisch verschlechtert.

Mit äußerster Skepsis sehe ich daher die Berliner Pläne, den Steuersatz für die Körperschaftsteuer zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Exportweltmeisters Deutschland erneut um 6 Prozentpunkte zu senken, was zu einem Steuerausfall von gut 6 Mrd. € führen würde. Angeblich soll die Senkung des Körperschaftsteuersatzes aufkommensneutral sein, 3 Mrd. € sollen durch das Stopfen von Schlupflöchern gegenfinanziert werden, die andere Hälfte soll sich selbst finanzieren. Bei der "Selbstfinanzierung" müssen alle Alarmglocken schrillen: Sie ist nichts anderes als das neoliberale Dogma, dass niedrigere Steuersätze zu mehr Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätzen und somit auch wiederum zu mehr Steuereinnahmen führen. Dabei haben kritische Ökonomen in den USA und auch in Deutschland längst nachgewiesen, dass es keinen empirischen Beleg für diesen Glaubenssatz gibt. Er hat allerdings eine präzise gesellschaftliche Funktion: Je mehr die Steuerbasis des Staates untergraben wird, desto leichter fällt es neoliberalen Ideologen bei uns und in Europa, immer weitere Bereiche der Daseinsvorsorge der Logik des Profits auszuliefern. Wenn die aktuellen Pläne der Bundesregierung tatsächlich umgesetzt werden, ist eine weitere Verschlechterung der finanziellen Situation der Kommunen absehbar.

Auch die Einnahmenseite des Haushalts 2005, den wir heute verabschieden, ist von geringeren Einnahmen aus der Einkommensteuer und damit geringeren Schlüsselzuweisungen des Landes geprägt.

Erfreulich ist nur, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wieder stärker sprudeln, wenn auch ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Dies unterstreicht die Bedeutung der Gewerbesteuer als wichtigster Einnahmequelle der Kommunen. Dies zeigt aber auch, daß die Misere der kommunalen Finanzen auf Dauer nur behoben werden kann, wenn es auf Bundesebene eine wirkliche Gemeindefinanzreform mit dem Kernstück einer revitalisierten Gewerbesteuer gibt.

Die Beratungen über diesen Haushalt begannen mit einem Paukenschlag: im Verwaltungshaushalt wurde uns von der Verwaltung ein originäres Defizit von 92,5 Mio € in Aussicht gestellt. Das war schon fast jenseits von Gut und Böse, ein genehmigter Haushalt schien vollends ins Reich der Utopie zu rücken. Inzwischen konnte dieses Defizit glücklicherweise auf rund 75 Mio € reduziert werden. Die Ursache liegt einerseits in den schon erwähnten höheren Gewerbesteuereinnahmen, andererseits trat die durch Hartz IV befürchtete Verschlechterung nicht im erwarteten Maße ein, von der versprochenen Verbesserung kann allerdings auch keine Rede sein.

Hinzu kommt noch das Rechnungsergebnis 2004: Durch erhöhte Einnahmen und geringere Ausgaben von insgesamt 47 Mio € konnte das geplante Defizit im Verwaltungshaushalt nahezu vollständig vermieden werden. Der Haushalt 2004 war also im Ergebnis originär ausgeglichen und führt zu keinen neuen Belastungen für die Folgejahre. Ich hoffe, dass die Bezirksregierung diesen Umstand adäquat zu würdigen weiß.

Das aktuelle Defizit und die Altschulden bilden zusammen natürlich einen riesigen Schuldenberg, der mittelfristig abgetragen werden muss. Trotzdem

muss berücksichtigt werden, dass diesen Schulden auch beträchtliche Vermögenswerte gegenüberstehen. Denn im Unterschied zu vielen Städten im Ruhrgebiet und anderswo hat die Koalition in der letzten Wahlperiode nicht das Bochumer Tafelsilber verkauft. Wir wollten nicht - wie von der Opposition empfohlen - städtische Unternehmen verkaufen, um mit dem Erlös kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen. Ganz abgesehen von grundsätzlichen Vorbehalten gegen die Privatisierung städtischer Gesellschaften ist unsere Beteiligungspolitik auf nachhaltige Erträge ausgerichtet.

In diesem Sinne muss allerdings in nächster Zeit intensiv darüber nachgedacht werden, wie die städtischen Beteiligungsgesellschaften in Zukunft einen größeren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten können. Denn einige dieser Gesellschaften verfügen über eine Eigenkapitalquote, von der höchst erfolgreiche Unternehmen in der Privatwirtschaft nur träumen können.

Die kamerale Einnahmen-Ausgabenrechnung kann zwar den Schuldenstand beziffern, sagt aber nichts über das den Schulden gegenüberstehende Vermögen. Eine der vordringlichen Aufgaben des neuen Kämmerers wird daher die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements sein. Dazu muss in einer Eröffnungsbilanz das gesamte kommunale Vermögen bewertet werden, nicht nur die Beteiligungen, sondern auch die Gebäude sowie die gesamte Infrastruktur. Auf dieser Basis wird es dann möglich sein, das städtische Vermögen exakt zu beziffern und auch wie in einem Unternehmen den Vermögensverzehr anzugeben. Vieles, was heute nur begründete

Vermutung ist, läßt sich dann genau belegen. Diese neue Planungsgrundlage wird dann sicher auch manche Aufgeregtheit und Dramatik aus den Finanzdebatten herausnehmen. Mit der Bilanzierung von Schulden und Vermögen wird dann auch die Bezirksregierung eine ganz andere Beurteilungsgrundlage für die Haushaltsgenehmigung haben.

Aber wir haben es heute noch mit dem kameralen Haushalt 2005 zu tun. Den Grünen und auch unserem Koalitionspartner ist klar, dass der Haushalt nach den bisher von der Bezirksregierung angelegten formalen Kriterien nicht genehmigungsfähig ist. Dies wollen wir nicht hinnehmen: Im Interesse der städtischen Handlungsfähigkeit haben wir großes Interesse an einem genehmigten Haushalt. Und wir haben gute Argumente: Wir meinen, dass die Bezirksregierung in ihre Abwägung auch einen Vergleich Bochums mit den anderen Ruhrgebietsstädten einbeziehen muss. In diesem Vergleich steht Bochum einsam an der Spitze, denn das Defizit in den anderen Städten ist weitaus höher, das Tafelsilber oft nicht mehr vorhanden. Schuld am hohen Defizit sind nicht wir hier in Bochum. Im letzten Jahr haben wir keine neuen Schulden gemacht!

Es ergibt keinen Sinn, wenn demnächst fast alle Großstädte in NRW keinen genehmigten Haushalt mehr haben. Bei einer solchen flächendeckenden Genehmigungsverweigerung entfällt auch der disziplinierende Effekt. Wir sind deshalb überzeugt, dass die Spielregeln für die Haushaltsgenehmigung auf Landesebene modifiziert werden müssen.

Uns ist aber auch klar, dass eine solche Modifizierung der Regeln nur dann eine Chance hat, wenn in der Kommune eine seriöse Finanzpolitik betrieben wird. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit unseren Koalitionspartner bei den Haushaltsberatungen in einem sehr schmalen Korridor bewegt. Wir haben dennoch einige Akzente und Prioritäten gesetzt, wir haben einige Projekte, die wir für unabdingbar halten, angestoßen oder stärker gefördert. Trotzdem konnte so mancher Wunsch nicht erfüllt werden, manches Sinnvolle mußte erst einmal auf die Zeitschiene geschoben werden. Aber strikte Haushaltsdisziplin ist unsere einzige Chance, die Bezirksregierung doch noch zu einem Einsehen bei der Haushaltsgenehmigung zu bewegen.

Bei aller Haushaltsdisziplin ist allerdings auch klar: Kaputtsparen ist keine Alternative. Auch unter schwierigsten finanziellen Bedingungen muss eine Stadt wie Bochum weiter investieren, um zukunftsfähig zu werden. Absolute Priorität müssen dabei Investitionen haben, die auch langfristig Erträge abwerfen. Projekte, die die Stadt dauerhaft mit hohen Folgekosten belasten, können wir uns zur Zeit nicht leisten. Mit dem kulturwirtschaftlichen Gründerzentrum, dem Biomedizinzentrum und dem Biomedizinpark sind wir auf dem richtigen Weg, denn hier besteht die reale Chance, dass in nennenswertem Umfang neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die sich schließlich auch in Steuereinnahmen für die Stadt niederschlagen werden.

Die Stadtentwicklung hängt entscheidend davon ab, dass die Innenstadt und die Stadtteilzentren nicht veröden, sondern neu belebt werden. In Wattenscheid ist dazu mit der Bebauung des Gertrudisplatzes ein

wichtiges Element in Angriff genommen worden. Aber insgesamt ist es unerlässlich, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und keinen weiteren Einzelhandel an nicht integrierten Standorten zuzulassen. Die Veränderungssperre ist ein legitimes Instrument dazu. Die Häufigkeit von Veränderungssperren und ihrer Verlängerung in den letzten Jahren zeigt aber, dass dieses Instrument stumpf zu werden droht. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, drei befristete Stellen neu zu schaffen, um den Stau bei den Bebauungsplänen zügig abzubauen. Zusätzlich wird der Masterplan Einzelhandel die Situation grundlegend verbessern.

Bei großen Planungsvorhaben anderer Träger ist die Stadt immer wieder aufgefordert, Stellungnahmen abzugeben, um die Interessen der Bochumer Bürgerinnen und Bürger zu wahren. In den letzten Jahren - die aktuelle Feinstaubdiskussion ist ein Beispiel dafür - ist zunehmend deutlich geworden, dass die dafür erforderlichen Spezialkenntnisse in der Verwaltung nicht immer in ausreichendem Maße vorhanden sind. Deshalb hat die Koalition eine neue Stelle eingerichtet, um die Kompetenz der Verwaltung in den Bereichen Luft, Lärm und Wasser zu stärken.

Auch der städtische Ordnungsdienst wird ausgeweitet, um verstärkt auch in den Stadtteilen präsent sein zu können. In Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern und unter Berücksichtigung der sozialräumlichen Daten soll der Dienst vornehmlich präventiv wirken. Er soll dazu beitragen, dass in problematischen Quartieren eine gemischte Bevölkerungsstruktur erhalten bleibt und Ghettoisierungstendenzen mit all ihren negativen Folgen vermieden werden.

Diese neuen Stellen sind die absolute Ausnahme. Grundsätzlich gilt: Die Personalkosten müssen - wie auch von der Bezirksregierung im Haushaltssicherungskonzept gefordert - weiter abgebaut werden. Die neu eingeführte Budgetierung der Personalkosten auf Dezernatsebene ist ein geeignetes Instrument hierfür. Das mag im Einzelfall wehtun und schwierig sein, aber wenn wir diesen riesigen Kostenblock nicht angehen, wird die Haushaltskonsolidierung auf ewig Utopie bleiben. Es ist eigentlich überflüssig, aber um Ängsten und Missverständnissen vorzubeugen, will ich noch einmal wiederholen: Grüne und SPD stehen dafür ein, dass dieser Prozess ohne betriebsbedingte Kündigungen abläuft.

Nach diesen grundsätzlichen Ausführungen möchte ich noch auf einige konkrete Punkte hinweisen, die uns besonders am Herzen liegen:

Im Sozialbereich kann eine umfangreiche Infrastruktur von Beratungseinrichtungen und Selbsthilfegruppen auch unter den schwierigen finanziellen Bedingungen dieses Jahres aufrechterhalten werden. Wir stehen jedoch zunehmend vor dem Problem, dass Land und freie Träger aufgrund eigener finanzieller Probleme Projekte und Einrichtungen nicht mehr im bisherigen Maße weiterfördern wollen oder können. Unsere Position dazu ist: Die finanzielle Situation der Stadt erlaubt es nicht, diesen Anteil im Verhältnis eins zu eins zu übernehmen. Die Stadt kann nicht zum allgemeinen Ausfallbürgen werden.

Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wird die Stadt selbstverständlich auch weiterhin erfüllen. Dabei hilft uns die

demographische Entwicklung, d.h. die sinkenden Kinderzahlen. Ein Defizit besteht immer noch bei den Plätzen für unter Dreijährige. Wir haben das Ziel, den im bundesweiten Vergleich schon guten Deckungsgrad von über 7 % in den nächsten Jahren schrittweise auf 20 % zu erhöhen. Die Umwandlung nicht mehr benötigter Plätze für Drei- bis Sechsjährige hat dabei absoluten Vorrang vor der Schließung von Kitas.

Soziale Brennpunkte wie in manchen anderen Städten gibt es in Bochum glücklicherweise noch nicht, aber auch bei uns gibt es einige Stadtteile, in denen sich problematische Tendenzen abzeichnen. Dem wollen wir mit einer sozialintegrativen Stadtplanung begegnen, die auch Maßnahmen aus den Programmen "Soziale Stadt" bzw. "Stadtumbau West" mit einbezieht. Dazu gehört auch eine Stärkung des Partners VBW, um den Umbau von Quartieren zu ermöglichen, die den heutigen Bedürfnissen von Mietern nicht mehr entsprechen. Ziel muss es sein, eine sozial gemischte Bevölkerungsstruktur zu erhalten.

Das Problem der Arbeitslosigkeit können wir auf kommunaler Ebene nicht lösen. Wenn die Entscheidungen ferner Konzernzentralen in Bochum zu massivem Arbeitsplatzabbau führen, können wir uns zwar mit den Betroffenen solidarisch erklären, sind aber letztlich machtlos. Auch bei der konkreten Umsetzung von Hartz IV sind unsere Einflussmöglichkeiten sehr begrenzt. Wir werden jedoch darauf achten, dass die Ein-Euro-Jobs nicht als Schikane eingesetzt werden und keine regulären Arbeitsplätze ersetzen. Durch einen sinnvollen Qualifizierungsanteil müssen sie tatsächlich die Chance erhöhen, wieder im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Bei der Hochbausanierung setzen wir im Gegensatz zur “neuen Mehrheit” in Wattenscheid eine Priorität bei den Schulen. Viele Dach- und PCB-Sanierungen konnten inzwischen erfolgreich abgeschlossen werden. Die Erich-Kästner-Gesamtschule und das Schulzentrum Wiemelhausen konfrontieren uns jedoch mit einem Problem, dass aufgrund seiner Dimensionen nicht in kleinen Schritten im Rahmen des PCB-Sanierungsprogramms abgearbeitet werden kann. Hier sind wir auf der Suche nach einer schnellen Gesamtlösung und haben erst einmal 100.000 € für Planungskosten in den Haushalt eingestellt. Sobald eine durchgerechnete Lösung noch vor der Sommerpause auf dem Tisch liegt, werden auch zusätzlich erforderliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bei allen Sanierungsmaßnahmen muss im übrigen der energetische Aspekt stärker berücksichtigt werden, um die künftige Haushaltssituation zu verbessern.

Dabei hat sich auch im Bereich Energie in den letzten Jahren schon einiges getan, was vor einigen Tagen durch die Verleihung des European Energy Award dokumentiert wurde. Völlig unverständlich war es deshalb für uns, dass die Verwaltung die Mittel für Klimaschutz auf Null gesetzt hatte. Auf Initiative der Koalition wurde wieder Geld eingestellt, um weitere Projekte aus dem Klimaschutzgutachten realisieren zu können. Der Einsatz regenerativer Energien muss stärker als bisher forciert werden. Die Koalition hat deshalb die Absicht, von der Verwaltung bei allen Beschlussvorlagen zu Dachsanierungen zu verlangen, dass sie von sich aus begründet, warum der Einsatz von Solarenergie im Einzelfall nicht möglich ist.

Im Kulturbereich erfüllt es uns mit Befriedigung, dass die Strukturen der freien und Soziokultur finanziell abgesichert werden können, auch wenn es aufgrund der prekären Haushaltssituation in diesem Jahr nicht für einen Inflationsausgleich gereicht hat. Beim Schauspielhaus werden uns die durch den Intendatenwechsel entstehenden Mehrkosten nur kurzfristig belasten. Bei den Symphonikern konnte eine Lösung für die finanziellen Altlasten gefunden werden. Die regelmäßigen Haushaltsüberschreitungen, die vom Rat nur noch abgenickt werden konnten, gehören jetzt hoffentlich der Vergangenheit an. Die Sanierung der Museumsfassade mussten wir auf die nächsten beiden Jahre verschieben, hier müssen die städtischen Mittel durch bürgerschaftliches Engagement ergänzt werden.

In einer zunehmend bewegungsärmer werdenden Gesellschaft hat der Sport und vor allem der Schulsport einen hohen Stellenwert. Auch in diesem Jahr werden deshalb wieder einige Sportstätten saniert, so wird z.B. das Hallenfreibad Langendreer mit 40 %iger Wasser- und Energieeinsparung modernisiert, werden Kunstrasenspielfelder auf den Sportplätzen Preins Feld und Hasenkampstraße angelegt. Mit der SportpauSchale hat das Land hier einen wirksamen Beitrag zur Entbürokratisierung geleistet, weil das umständliche Antragsverfahren entfällt.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf eine zentrale Zukunftsaufgabe eingehen, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Der jetzt schon hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Bochum wird in naher Zukunft noch stark ansteigen, besonders bei den jungen Leuten. Um ein friedliches und produktives Miteinander zu gewährleisten,

ist deshalb dringend ein Integrationskonzept erforderlich. Dazu müssen zusammen mit dem Migrationsausschuss und den Migrantenselbstorganisationen Strukturen entwickelt werden, die interkulturelle Kompetenz muss auf allen Seiten weiterentwickelt werden.

Mein Dank gilt zum Abschluss dem amtierenden Kämmerer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die uns auch in diesem Jahr unter erschwerten Bedingungen wieder eine solide Grundlage für die Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt haben.

Wolfgang Cordes